

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Editionen
A. Rosse, Haerlein & Vogler &
J. Daube & Co., Juvalium.

Berantwortlich für den
Inserenthell:
J. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 98

Mittwoch, 8. Februar.

1893

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an Sonn- und Festtagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schmiedgestaltete Plättchen oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung vom 7. Februar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinstimmung gestattet.)

Die zweite Staatsberathung wird mit dem Statut des Reichsamt des Innern fortgesetzt.

Abg. Liebknecht (S.-D.): Es ist eine Eigenthümlichkeit des deutschen Bürgerthums, daß es sich Siege, die es tatsächlich nicht davongetragen hat, andichtet. So ist es auch mit der Behauptung, daß wir in dieser viertägigen Debatte vernichtet seien. Wie kommen Sie dazu, die Frage des Zukunftstaates in den Vordergrund zu ziehen? (Großes Gelächter.) Doch nur, um die Vorgänge bei der Militärvorlage zu verdecken, welche sich hinter den Kulissen abspielen. Es ist die Wolke, hinter der der Kompromiß über die Militärvorlage versteckt werden soll. (Gelächter.) Diese Debatte hat gar keinen Sinn jetzt, wo der Notstand und die Militärvorlage das allgemeine Interesse fordern. Sie ist nichts als eine Komödie. (Gelächter.) Wenn der Abg. Windthorst noch lebte, würde er sagen, das schickt sich nicht. Was Abg. Bachem gesagt hat, hat vor Jahren ein evangelischer Pastor, ein gewisser Schuster, viel besser gesagt. Frhr. v. Stumm sprach von einem Buchthaus. Möge er es doch machen, wie Goethe, und in seine eigene Fabrik gehen. Da ist er im Buchthaus. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die freitümliche Partei ist stehen geblieben auf ihrem Standpunkt von 1862. Wir dagegen sind unashörlich fortgeschritten. Die Arbeiter können heute gar nicht sparen. Wenn sie den Versuch machen, würden sie es von ihrer eigenen Kraft thun müssen. Das hat auch kürzlich ein Bourgeoisblatt, die „Frankfurter Zeitung“, anerkannt. Sie sagen, wir wollen die Familien zerstören, und Abg. Richter hat sogar ein Stück Familienleben noch entdeckt, nämlich wie die Frau dem Mann das Essen bringt. Kennt er denn das Familienleben nicht, wie es wirklich ist? Dem Abgeordneten Bachem gegenüber bemerkte ich: expropriert die heutige Gesellschaft nicht auch? Die Kleinen sind ganz und gar von den Großen expropriert. Hätten die kleinen Leute noch Eigenthum, so wäre die Sozialdemokratie nicht so stark. Abg. Richter hat sich, wie alles, auch die Geschichte der Sozialdemokratie leicht gemacht. Er macht den Fürsten Bismarck für das Bestehen der Sozialdemokratie verantwortlich. Gewiß hat dieser die Korruption gefördert und damit für uns gewirkt. Aber auch ohne Bismarck gäbe es eine Sozialdemokratie, denn sie ist durch die Verhältnisse groß geworden. Kein Reichskanzler, mag er Bismarck, Caprivi oder Eugen Richter heißen, würde daran etwas ändern können. Sie meinen, uns vernichtet zu haben. Im Gegenthell, diese Debatte liefert uns ausgezeichnetes Material für die nächsten Wahlen. (Lachen.) Was das Buchthaus des sozialdemokratischen Staates betrifft, wer hat denn heute die freie Wahl des Vertrages? Herr Eugen Richter hat sich entrüstet, weil Bebel ihm sagte: Wer nichts arbeitet, kriegt nichts zu essen. Verhungern werden wir keinen lassen. Bebels Meinung war doch nur: Wer faulnen soll, kann seinen Theil an den Genüßen haben. Heute aber lebt gerade derjenige im Überfluss, der faulnen soll, und diejenigen, die am schwersten arbeiten, hungern (Beifall bei den Sozialdemokraten), das wird auch Herr Richter mit seinen „Erlebnissen“ und seiner Sparagnes nicht hinwegdiskutieren. Wir geben alle Schriften der Gegner den Genossen in die Hand. Wir sind insofern Revolutionäre, als wir keinen Kompromiß mit der heutigen bürgerlichen Gesellschaft schließen. Aber wir glauben nicht, daß durch Verschwörung eine Aenderung herbeigeführt werden könne. Wir erklären ja von jeher jeden, der solches behauptet, für einen Schwinderl. Warum erschrecken Sie denn vor der von Marx proklamirten Diktatur des Proletariats? Haben wir denn nicht eine Diktatur der Bourgeoisie gehabt? Denken Sie doch an das Sozialistengesetz. Wir werden Ihnen keine schlimmere Diktatur. Alle Reden des Königs Stumm zielten auf ein neues Sozialstetzen ab. Was uns recht war, sollte Ihnen doch billig sein. Leben wir denn auch heute eine solche Diktatur aus? Ist es denn wahr, daß jemand aus unserer Partei ausgestoßen wurde? Wer das sagt, lügt. Wir wollen die freie Kritik, daß sich jeder ausspricht, darin liegt die Stärke unserer Partei. Überall geht unter Streben dahin, die Kräfte zu weden, die Jungen emporzubringen. Unsere Führer sind nichts als gemeine Soldaten, die im gegebenen Falle mit der Waffe marschieren müssen. War denn die ganze Debatte eine der Volksvertretung würdig? Sie können uns nicht widerlegen, wie wir Sie nicht widerlegen können. Die Debatte hatte einen anderen Zweck. Sie wollen die Aufmerksamkeit ablenken von der Militärvorlage. (Lebhafte Widersprüche rechts.) Sie fürchten die Auflösung des Reichstages und wollen etwas für die Wahlen thun. In den letzten 30 Jahren, seit Lassalle, haben Sie nichts gelernt und nichts vergessen. Die Broschüre von Eugen Richter ist die Bibel der kapitalistischen Parteien, der deutschen Bourgeoisie geworden, und das zeigt, wie weit die deutsche Bourgeoisie in ihrer geistigen Entwicklung hinter der Bourgeoisie anderer Länder zurückgeblieben ist. Herr Bachem hat uns vorgeworfen, daß wir die Arbeiter genascht haben. Ich würde mich schämen, einen solchen Ausdruck hier zu gebrauchen. Was würden Sie dazu sagen, wenn wir zu den Ultramontanen sagen würden, Sie hätten 200 Jahre lang die Menschen an der Nase herumgeführt. Wir haben den Arbeitern niemals einen sozialdemokratischen Zukunftstaat vorgemacht, niemals gesagt, daß ohne Mühe ein Lohn sein werde, sondern Ihnen nur gezeigt, daß die kapitalistische Gesellschaft der natürliche Gegner der Arbeiterklasse ist. Wir werden mit Ihnen allen fertig. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stöcker (kons.): Alles muß ein Ende haben. Da wir kein Mittel haben, die Debatte zu schließen, so haben wir den Mut, sie mit der Rude Liebknecht ausklingen zu lassen. Die Sozialdemokratie haben uns ihr bestes Pferd vorgeführt. Auch dieses hat sich als ein Lahmer Renner erwiesen. (Beifall bei den Sozialdemokraten: Rückwärtskonzentration!) Präsident v. Lebeckow: Damit gehen wir zu einem anderen Gegenstande über.

Abg. Dr. Lingen (Btr.): Wir haben für die Arbeiter in materieller Beziehung so manches gethan, in religiöser Hinsicht haben wir wenigstens keine Rückschritte gemacht. Dagegen haben

wir nicht genug gethan, um den Arbeitern die Fühlung mit den Fabrikinspektoren zu erleichtern und dadurch die Vorbringung von Beschwerden zu ermöglichen. In dieser Beziehung ist es doch in der Schweiz und in Österreich viel besser. Es würde sich wohl empfehlen, Fabrikinspektoren auch aus den Kreisen der intelligenten Arbeiter zu nehmen. Beim Nordostseekanal ist ein paritätischer Gottesdienst eingerichtet worden, der in segensreicher Weise gewirkt hat. Leider ist das Beispiel von den übrigen Werkstätten und Fabriken nicht nachgeahmt worden, und es hat sogar die schönen Sitze aufgehört, daß in der Fabrik Psalmen und geistliche Lieder gesungen werden. Die Fabrikinspektoren sollten doch auf diesen Punkt ihre besondere Aufmerksamkeit richten. Freilich gehört dazu, daß sie auch selber religiös gesinnt sind.

Abg. Dr. Hirsch (df.): Es ist dankenswerth, daß die Zahl der Gewerbe-Inspektoren in Preußen vermehrt worden ist, und es wäre zu wünschen, daß die übrigen Staaten dem preußischen Beispiel folgten. Leider sind aber die preußischen Gewerbe-Inspektoren mit der Kesselrevision belastet worden. Heute läßt sich die Wirkung dieser Verquälung beider Ämter noch nicht übersehen, aber es wäre doch erwägenswerth, ob nicht eine Trennung dieser beiden Ämter vorzunehmen wäre. Man sollte doch Angaben machen, wie viel Zeit die Kesselrevision bisher in Anspruch genommen hat. Jedenfalls beeinträchtigt diese Aufgabe die Hauptaufgabe der schon an sich genügend belasteten und in Anspruch genommenen Gewerbe-Inspektoren. Die Inanspruchnahme wählt von Jahr zu Jahr. Daher wird die Maßregel der Übertragung der Staffelrevision auf die Gewerberäthe keinesfalls günstig wirken. Die Gewerberäthe werden dadurch verhindert, ihrer sozialen Aufgabe voll gerecht zu werden. Es muß einen eigenthümlichen Eindruck machen, wenn ein preußischer Beamter in seinem Bericht über die wirtschaftlichen und städtischen Zustände der Arbeiter seines Bezirks keine Zeile schreibt. Und doch sollte gerade auf die Schilderung dieser Verhältnisse in den Berichten der Inspektoren besondere Aufmerksamkeit verwendet werden. Das wäre lehrreich, und gerade die Verhandlungen der letzten Tage haben gezeigt wie nötig es ist, solche Unterlagen bei den Verhandlungen des Hauses zu haben. Es sollte nach einem bestimmten Schema in dieser Richtung gearbeitet werden. Ebenso wäre es wünschenswert, wenn die Gewerberäthe auch die Frage der Arbeitslosigkeit in dem Bereich ihrer Betrachtungen zögeln. Wir erfahren in den Berichten manches über den Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern. Bisher war dieser Verkehr sehr reger, und erst in den allerletzten Jahren bemühen sich die Beamten, diesen Fehler wieder gut zu machen. Einige Beamten haben sogar besondere Sprechlokale für die Arbeiter eingerichtet. Der Umstand, daß die Arbeiter von früher her noch einiges Misstrauen gegen die Beamten haben, darf diese nicht hindern, darin fortzufahren. Mit der Zeit wird dieses Misstrauen auch schwinden. Die Arbeiter sollen aufmerksam gemacht werden, daß eine solche Institution zu ihrem Vorteil besteht. Bisher ist für eine solche Bekanntmachung noch nicht viel geschehen. Am besten würde ein Verkehr der Arbeiter mit den Fabrikinspektoren durch Vermittelung der Arbeiter-Verufsorganisationen herbeigeführt werden. Dadurch gewinne man am leichtesten das Vertrauen der Arbeiter. Leider kommt man diesen Wünschen nicht entgegen, ja man kümmert sich gar nicht um die Tätigkeit dieser Vereine und Organisationen. Man sollte doch wissen, was dieselben leisten, nachdem wir im vorigen Jahre so ausführlich über die Berufsvereine gesprochen und gezeigt haben, von welchem fittlichen und geistigen Einfluß diese auf die Arbeiter sind. Bei diesen Arbeitervereinen würde man die beste Information und Belehrung finden. Die Gewerbevereine haben bereits einen lokalen und nationalen Arbeitsnachweis, sowie eine Arbeitslojenunterstützung. Die Funktion der Aufsichtsbeamten sollte auch dahin geben, ein möglichst friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herzustellen. Das Bestreben mag vorhanden sein, aber die Früchte sehen wir nicht. Der natürliche Vertrauensmann zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist der Fabrikinspektor, und er sollte dieses Vertrauensamt bei Zwistigkeiten ausüben. Er sollte, wie das in anderen Ländern der Fall ist, herbeiführen, daß die Unternehmerverbände mit den Arbeiterverbänden in Unterhandlung treten. Im neuen Gewerbegerichtsgesetz sind ja für die Beleidigung von Zwistigkeiten Einigungsämter vorgesehen, aber sie sind noch nirgends in Tätigkeit getreten. Die Fabrikinspektoren sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf das noch nicht genügend bekannte Institut der Gewerbegerichte hinweisen. Auch die Arbeiterseiten sind, wie ein Aufsichtsbeamter schreibt, geeignet, ein gutes Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern herzustellen, und der Fabrikinspektor sollte zu solchen Gelegenheiten eingeladen werden. Das geschieht aber leider nur sehr selten. Das Arbeiterschutzgesetz hat auch Arbeitsschutz vorgeschrieben, und man ist dazu gefordert, Muster-Arbeitsordnungen zu schaffen. Eine solche hat ein Gewerberath gemacht. Da sollte man doch denken, daß diese nicht gezwungene Vorschriften enthalten wird. So heißt es, daß der Fabrikherr die Legitimationspapiere des Arbeiters an sich nehmen kann. Ferner heißt es dort, daß der Arbeiter in die Betriebskrankenkasse eintreten muß. Das steht doch im Widerspruch mit dem Krankenversicherungsgesetz, wonach Arbeiter, die einer freien Kasse angehören, einer Betriebskasse nicht beizutreten brauchen. Das ist doch eine Vergealtung der Arbeiter. Ferner sind die Arbeitsordnungen in der Regel zu lang. Mit Recht tadeln einige Beamte, daß viele Arbeitsordnungen von einseitigem Unternehmerinteresse aus geschaffen sind. Kann denn nicht eine Arbeitsordnung auch ohne Strafen auskommen oder nur mit geringen Strafen? Gehört denn das absolut zur Disziplin? Nichts verbittert die Arbeiter mehr und verleidet ihnen die Freude an den bisherigen Reformen, als wenn ihre Interessen in der Arbeitsordnung verletzt werden. Das geschieht aber, wenn man die neue Arbeitsordnung einige Stunden vor Erlass den Arbeitern vorlegt, ohne daß diese Zeit haben, sich zu besprechen. Wenn man die Arbeiter hört, so sollte man auch ihre Wünsche berücksichtigen. Aber das geschieht nicht einmal mit den Arbeitern aus sich selbst. Umgeht doch sogar die staatliche Behörde diese Ausschüsse. Wenn das am grünen Holze geschieht, was kann man vom dünnen Holze

verlangen. Die Arbeiterausschüsse sollen keine Dekoration, kein Schema, sondern ein lebendiges Wesen sein. Denn in denselben sitzen erwachsene Männer mit vollem Verstand. Bei dieser Gelegenheit möchte ich anfragen, ob schon am 1. April die Bestimmungen über die Sonntagsruhe der gewerblichen Arbeiter in Kraft treten sollen. Geschähe das nicht, so würde das betrübend sein, denn die Interessenten verstehen nicht, wie das Inkrafttreten solcher Bestimmungen noch verschoben werden kann. Man hat sich über den Termin des Inkrafttretens nur an die Arbeitgeber gewandt. Warum nicht auch an den anderen Theil? Das Urtheil, welches man sich dadurch schafft, kann nicht unparteiisch sein. Die Arbeiter werden über diese Nichtberücksichtigung gewiß erbittert sein. Die Sache geht doch die Arbeiter noch mehr an als die Arbeitgeber. Wir haben früher eine Ausdehnung des Schutzes der jugendlichen Arbeiter auf die Altersklasse von 16 bis 18 Jahren verlangt. Hoffentlich bricht sich dieser Gedanke bis zur nächsten Revision der Gewerbeordnung Bahn. Zu wünschen wäre es auch, daß die Fabrikinspektoren mit den Berufsgenossenschaften in Verbindung treten, um bessere Unfallverhütungsvorschriften einzuführen, denn noch immer nimmt die Zahl der Unfälle zu. Ferner wäre die Aufmerksamkeit der Regierung zu wenden auf die Verkürzung der Arbeitszeit, denn die lange Arbeitszeit ist häufig Schuld an Unfällen. Der Bundesrat sollte die Bestimmungen über die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit in gesetzlichen und gesundheitsgefährlichen Betrieben bald in Kraft setzen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Fabrikinspektoren in ihren Berichten immer ausgiebiger, objektiver eindringen in das wirkliche Herz des Arbeiterlebens und dadurch ein hauptsächliches Förderungsmittel für die soziale Wohlfahrt und den Frieden bilden. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Die Frage, ob die Bestimmungen über die Sonntagsruhe der gewerblichen Arbeiter bis zum 1. April erlassen sein werden, muß ich mit einem positiven Nein beantworten. Die Angelegenheit erfordert so ausgedehnte Arbeiten, daß wir damit selbst bei angestrengtester Tätigkeit nicht bis zum 1. April fertig werden können. Das Material wird bei uns bearbeitet. Wenn wir die Arbeiten abgeschlossen haben, kann ich nicht sagen; wir leiden an einer außerordentlichen Kalamität bezüglich der Arbeitskräfte im Reichsamt des Innern. Ich darf mich jedoch der Hoffnung hingeben, daß wir noch in diesem Jahr die Erwartungen der Beteiligten erfüllen können. In seinen Ausführungen über die Fabrikinspektoren ging der Vorredner zu weit. Die Tätigkeit der Fabrikinspektoren besteht hauptsächlich darin, zu wachen, daß die bestehenden Vorschriften zur Ausführung gebracht werden. Diese würde beeinträchtigt werden, wenn von den Fabrikinspektoren verlangt würde, daß sie sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung setzen. Im Gegenthell, die Arbeiterorganisationen sollten sich mit den Inspektoren in Verbindung setzen. Die Kombination der Fabrikinspektion mit der Dampfkesselrevision ist bereits in Sachsen durchgeführt. (Beifall: Leider!) Die Erfahrungen dort sind durchaus günstig, so daß die preußische Regierung kein Bedenken trägt, diese Kombination auch in Preußen einzuführen. Wenn Misstände entstehen sollten, wird die preußische Regierung sehr gern bereit sein, Abhilfe zu schaffen. Mit der Erweiterung der Arbeiterstatistik wird sich die Reichskommission beschäftigen müssen. Im Allgemeinen wird es Aufgabe der Presse sein, daß jenseitig, was aus den offiziellen Berichten der Inspektoren zur Aufklärung der Arbeiter dienen kann, ihnen zugänglich zu machen. Der Vorredner ist bei seinen Ausführungen über die Normalarbeitsordnung von der Arbeitsordnung eines Fabrikinspektors ausgegangen, die mir neu ist. Im Allgemeinen muß natürlich darauf geachtet werden, daß die Fabrikordnungen nicht im Widerspruch mit dem Gesetz stehen. Das ist jedoch zu weit gegangen, wenn man verlangt, daß nichts in den Arbeitsordnungen steht, was nicht auch im Gesetz steht. Die Fabrikordnungen bilden gerade eine Ergänzung dahin, daß sie feststellen, was der Arbeitgeber von den Arbeitern verlangt, ohne daß es im Gesetz vorgesehen ist.

Abg. Wurm (S.-D.): Der Minister entschuldigte das Ausbleiben der Bestimmungen über die Sonntagsruhe mit der Überarbeitung der Beamten des Reichsamt des Innern. Hätten Sie den Normalarbeitsstag angenommen, dann wäre Ihnen das nicht passirt. (Herrlichkeit.) Wenn Fabrikinspektoren sich mit Arbeitern in Verbindung setzen, dann werden sie gemahregelt. So ist von dem Verein der Industriellen Rheinlands und Westfalens ein Kölnischer Fabrik-Inspektor beim Regierungspräsidenten benannt worden, weil er in zu engen Verbindungen mit den Arbeitern stehe, ja sogar eine Sprechstunde am Sonntag für Arbeiter festgelegt habe, das beweise sozialdemokratische Neigungen. Der Regierungspräsident hat dem Verein geantwortet, er müßtig das Verhalten des Fabrikinspektors Jäger und habe diesem das Erforderliche eröffnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind die unabhängigen Gewerbe-Inspektoren, mit denen die Arbeiter in Verbindung treten sollen. Man täuscht die Arbeiter, indem man den Arbeitern einredet, es geschieht etwas für sie, während in der That nichts geschieht. Das Fabrikinspektorat erfreut sich ja des Hasses des Unternehmers, und der Gewerbeinspektor von Berlin-Charlottenburg z. B. beschwert sich über das Benehmen der Unternehmer, welche es mit mißgünstigen Augen ansehen, wenn der Fabrikinspektor mit der Polizei kommt. Solche Hindernisse werden von den Leuten bereitet, die das Gesetz selber geschaffen haben. Wie sollen die Fabrikinspektoren mit den Arbeiterverbänden in Verbindung treten, wenn diese von den Unternehmern verfolgt werden. Hat doch Herr Bued, der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der es übel nahm, daß ihm die Neuordnung unterschoben wurde; der Arbeiter ist zur Fleischfassade geboren, einmal gesagt, die Arbeitervereine seien das größte Unglück, von welchem unsere Gesellschaft und Civilisation betroffen sei. (Unruhe rechts.) Wird doch sogar in dem liberalen Musterstaat Baden dem Fabrikinspektor Woerishofer amtlich verübt, daß er sich für die Verhältnisse der Arbeiter interessirt und sich darüber informiert. Und da sollen die Arbeiter Vertrauen zu den Gewerbe-Inspektoren haben! Wenn Gesetze, die eben erst gemacht sind, nicht berücksichtigt werden, wenn die Fabrikinspektoren zwischen zwei Stühle gesetzt werden, dann müssen die Zustände von Jahr zu Jahr schlimmer werden, dann muß die Ausbeutung der Arbeiter fortwährend steigen. Die

(Befall bei den Sozialdemokraten: Rückwärtskonzentration!) Präsident v. Lebeckow: Damit gehen wir zu einem anderen Gegenstande über.

Abg. Dr. Lingen (Btr.): Wir haben für die Arbeiter in materieller Beziehung so manches gethan, in religiöser Hinsicht haben wir wenigstens keine Rückschritte gemacht. Dagegen haben

Berichte der Fabrikinspektoren werden von Jahr zu Jahr schlechter. Warum bekommen wir nicht die einzelnen Berichte der Gewerbeinspektoren in ihrem Wortlaut? Aber selbst was wir aus diesem gesäuberten Bericht erheben können, ist sehr reich. In der schämlichsten Weise werden die Fabrikinspektoren von den Unternehmern belogen, und die schlimmsten Klagen der Inspektoren kommen aus den Besitzern, wo die Herren Unternehmer sich von den Herren der Armen eine Liebesgabe von 40 Millionen in die Tasche stecken lassen, nämlich aus den Branntweinbrennereien. Dort sind die Fabriken hinsichtlich der Unfallverhütung, der Dampfkessel in dem schlimmsten Zustand, weil man eben alles billig haben will. Zur Wartung der Dampfkessel werden ungerührte, unbrauchbare Arbeiter genommen. Menschenfleisch ist billig, denken die Herren, und nehmen den Profit, wohin sie ihn bekommen. Deswegen nimmt auch die Zahl der Unfälle zu. Freilich kommt dies auch von der langen Arbeitszeit. Der Arbeitgeber steht gleichsam mit der Heppelische hinter dem Arbeiter, und um diese Heze zu vermehren, wird Auffordarbeit eingeführt, und diese Auffordarbeit wird dann noch zur Lohnrückerstattung benutzt. Wir verlangen, daß dem Beamten die Befugnis gegeben wird, einzuschreiten, wo er ein Unrecht, wo er schlechte, gesundheitsschädliche Anlagen findet. Denn noch immer wird für die Ventilation so wenig gesorgt, daß durch die verpestete Luft, durch den giftigen Staub die Gesundheit der Arbeiter auf schwerste geschädigt wird. Die Fabrikinspektoren erhalten auch leider keine Auskunft von den Krankenhausärzten, und des kommt daher, weil die Unternehmer die Ärzte beeinflussen. Und dennoch wäre es nützlich und interessant, über die gewerblichen Krankheiten der Arbeiter etwas Näheres zu erfahren. Wie viele Krankheiten werden durch die Nachlässigkeit der Unternehmer verschuldet. Nur durch Gesetze können die Unternehmer gezwungen werden, Einrichtungen zu treffen für die Gesundheit der Arbeiter.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Initiativträge Altermann über Abänderung der Gewerbeordnung und Antreten über Abänderung des Strafgesetzbuchs). Schluss 5^{1/2} Uhr.

Deutschland.

Berlin. 7. Febr. Der Reichstag hat sich heute großmuthig gezeigt; er hat dem Abg. Liebknecht das letzte Wort in der fünfjährigen Zukunftsstaatssdebatte gelassen und ist alsdann unvermittelt zu weniger aufregenden Dingen übergegangen, zunächst zu den Berichten der Fabrikinspektoren. Herr Liebknecht ist zweifellos überzeugt, seine Sache vortrefflich gemacht zu haben, und was würde auch wohl aus den Don Quixotes werden, wenn sie aushörten, an sich zu glauben? Bei Bebel trifft man doch wenigstens auf individuelle Züge; bei Liebknecht ist Alles grau Theorie, Schablone, hundertfach wiederholter Extrakt aus Marx „Kapital“. Und dabei verzehrt diesen pedantischen Theoretiker eine innere Wuth und Gluth, die seine Augen flammen, seine Worte sich überstürzen macht, ein halb röhrender, halb komischer Eindruck. Von den Liebknechtfchen Tironen, mit denen diese Debatte endigte, ist im Einzelnen nichts zu sagen. Das sozialdemokratische Häuslein spendete in gemessenen Zwischenräumen gezwungenen Besuch, und die andern Abgeordneten, die sich erst amüsirten, wurden allmählich der Sache überdrüssig, führten Privatgespräche oder gingen hinaus. Die Sozialdemokraten werden es sich so leicht nicht wieder heimkommen lassen, eine ihnen in allen Beziehungen und namentlich geistig überlegene Macht herauszufordern.

Berlin. 7. Febr. Die günstigeren Nachrichten über einen deutsch-russischen Handelsvertrag und die freundlichen Erklärungen, die immer noch zum hiesigen Besuch des russischen Thronfolgers gemacht werden, haben eine Stimmung erzeugt, vor deren offensiven Überreibungen doch endlich einmal gewarnt werden muß. Es ist gewiß erfreulich, daß der Zar seinen Sohn hergeschickt hatte; es ist noch erfreulicher, daß Kaiser Wilhelm mit seiner temperamentvollen Natur Worte gefunden hat, die in der Seele des Zaren sympathisch anklingen und die russische öffentliche Meinung angenehm berühren müssten. Endlich ist es am erfreulichsten, daß die russischen verantwortlichen Politiker einsehen, sie müssten uns handelspolitische Zugeständnisse machen, wenn sie ihre Rüggenausführ nach dem wichtigsten ihrer Absatzgebiete nicht verlieren wollen. Aber aus alledem nun zu folgern, daß ein grundsätzlicher Wandel in den deutsch-russischen Beziehungen eingetreten sei, dafür liegt kein zwingender Anlaß vor, und wir haben in den letzten Tagen Gelegenheit gehabt, von sehr beachtenswerther Seite zu hören, daß man sich vor dem jetzigen merkwürdigen Sanguinismus gefäßigt hätten möge. Namentlich die Mittheilung von einer neuen Drei-Kaiservereignung, die schon geplant sein soll, hat keine Beziehung zu den wirklichen Vorgängen. Es sind Lebenswürdigkeiten zwischen den Höfen ausgetauscht worden, nichts weiter. In Paris wird man wohl auch ganz ruhig über die Folgen der Berliner Thronfolgerwoche sein, und die dortige Stimmung sollte nicht nach der Nervosität beurtheilt werden, mit der sich unkundige Boulevardblätter dieser Sache bemächtigt hatten. Der Toast unseres Kaisers auf den Zaren ist, was man wohl beachten möge, eine warmherzige Impression gewesen.

Man kann natürlich nicht sagen, daß die Gefühle, die in diesem Trinkspruch ihren Ausdruck fanden, nicht auch von verantwortlichen Leitern unserer Politik getheilt würden. Aber eine vorherige Verständigung zwischen dem Kaiser und dem Grafen Caprivi hatte nicht stattgefunden, und zu den Überraschten gehörte auch der Reichskanzler; selbstverständlich wird er ebenso angenehm überrascht gewesen sein wie alle Welt. Der mehrfach behauptete Zusammenhang zwischen der allgemeinen politischen Lage und den deutsch-russischen Verhandlungen darf ferner als nicht so eng angenommen werden, wie ihn interessirte Kreise darstellen. Als diese Verhandlungen im vorigen Sommer begannen, war von einer Erwärmung der sonstigen deutsch-russischen Beziehungen keine Spur wahrzunehmen. Trotzdem mußten sich die Petersburger Staatsmänner zu dem schweren Schritt entschließen, und nicht uns zu Gefallen, auch nicht aus überströmender Liebe zum Frieden, sondern einzig in ihrem eigenen Interesse betreiben die Russen diese Verhandlungen, wie wir es ebenfalls thun. Kommt etwas zu Stande, so wird das von

Handel und Industrie dankbar hinzunehmen sein; mit der auswärtigen Politik aber wird es wenig genug zu thun haben. — Die üble Lage der Militärvorlage führt Professor Delbrück im Februarheft der „Preuß. Jahrbücher“ auf das Scheitern des Volkschulgesetzes zurück, welches er seinerzeit selbst bekämpft hat. Delbrück hat vor einer Reihe von Jahren dem Reichstage und in demselben der freikonservativen Partei angehört. In den „Preuß. Jahrbüchern“ schreibt er jetzt:

Große Zugeständnisse an den Ultramontanismus, Neuwahlen im Bunde mit der konserватiven Demagogie: Das sind die Umriffe der Gestalt am Horizont. Der Sieg in der Volkschulfrage war zu groß, der Rückschlag beginnt. Wir bedürfen jetzt eines sehr geschickten Steuermannes, um Schiff und Ladung zu retten.“

Verständlich erscheinen diese Deklamationen nur unter der Voraussetzung, daß Delbrück der Regierung die Aussichtslosigkeit der Vorlage zu Gemüthe zu führen beabsichtigt oder daß er die Gegner des Zentrums und des Antisemitismus zu Gunsten der Vorlage bange zu machen versucht.

— Die von der Reichs-Regierung angeregte internationale Sanitätskonferenz wird nach Einvernehmen der beteiligten Regierungen bereits im Laufe dieses Monats in Dresden zusammenentreten.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin. 7. Febr. In der Militärkommission des Reichstages erstattete heute Abg. Hinze Bericht über die Verhandlungen der Subkommission. Aus den weiteren Verhandlungen über die verschiedenen Fragen ist besonders hervorzuheben, daß vorgegeben ist, die Rekrutenvanzen in Zukunft auf 14 Tage herabzusetzen, daß aber die Ersparnisse verwendet werden, um bei der Einstellung etwa 6 Prozent Nachersatz aufzuhaben zu können, so daß also der Militärverwaltung das 36sfache der Präsenzjäger als Verpflegungsstage für die Truppen bewilligt wird und eine Ersparnis für Rekrutenvanzen nicht mehr im Etat erscheint. Die Kosten hierfür betragen etwa 4 Millionen Mark, wie in der Vorlage vorgesehen. Die Ersparnisse für Kranke, Arrestte und Abkommandierte werden auch in Zukunft, wie seither, zurückgerechnet werden. Die Mehrkosten aus den verschiedenen Manquements für Offiziere und Ärzte sind in die Vorlage nicht mit aufgenommen, weil auch ohne Heeresverstärkung der gleiche Zustand eingetreten wäre. Für die Unterbringung der Truppen ist für Preußen vorgesehen, daß 10 673 Mann und 1477 Pferde in Baracken, 24 146 Mann und 1777 Pferde in zu mietenden Massenquartieren, 21 178 Mann und 376 Pferde in Bürgerquartieren untergebracht werden. Die Bürgerquartiere wurden näher besprochen und regte Abg. Richter dabei die Belastung der Kommunen an, indem er besonders auf die Stadt Berlin exemplifizierte. Die Vertreter der Heeresverwaltung glaubten, daß es möglich sein werde, zu dem Betrage des Services geeignete Quartiere für geschlossene Formationen zu beschaffen. Damit wäre eine Belastung der Stadt ausgeschlossen. Zu den Fragen, die zum ordentlichen Etat gestellt waren, hatte die Subkommission den folgenden Schlussfaß aufgenommen: Nach allen diesen eingehend geführten speziellen Erörterungen gelangte die Subkommission zu der Überzeugung, daß aus Anlaß der Heeresverstärkung eine Vermehrung des Bedarfs an fortlaufenden Ausgaben im Etat der Heeresverwaltung über den in den „Berechnungen“ eingefestigten Ansatz von 56 674 085 Mark, zu welchem noch die Quote für Bayern mit rund 7 250 000 Mark tritt, auch bei der definitiven Ausgestaltung der Heeresverstärkung aus Anlaß derselben nicht zu erwarten sein dürfe. Abg. Richter erkannte an, daß bei einer Reihe von Punkten die von ihm erwarteten Mehrausgaben als nicht notwendig sich herausgestellt haben; bei anderen Punkten allerdings sei eine vollkommene Klarlegung nicht möglich gewesen. Abg. Richter meinte, die Subkommission habe ihre Ansicht ausgesprochen; die Militärverwaltung sei ein Engagement eingegangen, das allerdings durch den folgenden Schlussfaß des Berichtes eingeschränkt werde. „Den in dem Bericht niedergelegten Erklärungen liegt die Voraussetzung zu Grunde, wie dieselben nur dahin aufgefaßt werden können, daß sie nur in soweit als bindend zu betrachten seien, als nicht heute noch unübersehbare Verhältnisse, insbesondere etwaige Fortschritte auf dem Gebiete der Technik Verschiebungen nötig machen sollten.“ Abg. Dr. Buhl hob hervor, daß die Subkommission die Überzeugung gewonnen habe, daß die mitgetheilten Kosten mit der ganzen zur Zeit möglichen Vorsicht und Vollständigkeit aufgestellt seien und dieser Überzeugung habe die Subkommission in der vorstehenden Erklärung Ausdruck gegeben. Abg. Gröber (8.) kann ein eigentliches Engagement in der Erklärung weder für die Regierung, noch für die Subkommission anerkennen. Der allgemeine Rentfonds dürfe im Beharrungszustand, also nach etwa 20 Jahren, ein Mehrerfordernis von fünf Millionen Mark ergeben. Die endgültigen Kosten für die dauernde Unterbringung der Truppen in Kasernen werden mit der bayrischen Quote etwa 104 Millionen ergeben; die dabei vorgegebenen Baracken sind als Definitivum anzusehen, da sie eine Dauer von etwa 50 Jahren versprechen, aus Backsteinen massiv gebaut und den Erfordernissen der Bebaglichkeit, Wohnlichkeit und Gesundheitspflege vollständig entsprechen werden. — Die Beratung über den Bericht der Subkommission wird morgen fortgesetzt.

Militärisches.

* Personalveränderungen im V. Armeekorps: v. Nicolsky Rose negl., charakteris. Port.-Fähnr. vom 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10, in das 2. Westpreuß. Gren.-Regt. Nr. 7 versetzt.

Vermischtes.

† Zum Prozeß Schwand. Wir haben bereits ausführlicher den Ausgang des Sensationsprozesses Schwand gemeldet. Der Hauptangeklagte, der dem ganzen Prozeß den Namen gab, der 73jährige Dr. med. Schwand, muß seine Verbrechen gegen das leimende Leben mit 10 Jahren Buchthaus, der Lieutenant und Rittergutsbesitzer Georg Tieze mit 1 Jahr Buchthaus und der Bau-Unternehmer Leberecht Scholz (wegen Aufforderung zur Verübung des Verbrechens) mit 3 Monaten Gefängnis büßen. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. In dieser Freisprechung liegt die Überraschung, auf die hier das sensationslustige Publikum, welches den vierzehn Tage unter strengem Aufschluß der Öffentlichkeit verhandelten Prozeß bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten erörterte, allerdings nicht gefaßt war. Angehörige dieser Serie von Angeklagten und diesen selbst konnte solcher Ausgang natürlich nur erwünscht sein. Waren doch sonst zahlreiche Familien verschiedener Gesellschaftsklassen in Mitleidenschaft gezogen worden. Unter den weiblichen Angeklagten waren vier Wirthschafterinnen, drei Gastwirthinnen, eine Bremereibefürerin, die Tochter einer Hausbefürerin und Braut des verurtheilten Lieutenant Tieze, eine Erzieherin aus Breslau, eine Verläuferin aus Breslau, eine Wüthensbefürerin aus Oberschlesien, eine Kaufmannsfrau aus Berlin. Und die männlichen Angeklagten, soweit sie frei ausgingen, waren ein

Lotterie-Ginnehmer, ein Redakteur, ein Gasthauspächter, Kaufleute und Eisenbahnbemalte. Gegen eine Person, und zwar gegen die flüchtig gewordene Schneiderin Hermine Nietschke, die inzwischen Amerika erreicht hat, schwieß das Verfahren noch. Ein Angeklagter hat sich vor der Verhandlung entlebt. Bemerkenswert ist, daß auch mehrfach Ehreute auf der Anklagebank saßen. Viel erörtert wurde hier auch die Veranlassung zu diesem weit über die Bannmeile unserer Stadt hinaus erregender Prozeß. Sie ist in Berlin zu suchen. Gegen die dortige Hochstaplerin Teichert in Teichert in Berlin, welche ihre 14jährige Tochter reichen Büstlingen verklappelt hatte, war von der Berliner Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Untersuchung eingeleitet worden. Bei einer im Verlauf derselben erfolgten Haussuchung wurde ein Brief vom biefigen Dr. Schwand vorgefunden, worin sich derselbe bereit erklärt, die Tochter der Frau Teichert in Behandlung zu nehmen, doch müsse sie nach Breslau kommen. Zur Behandlung kam es in diesem Falle aber nicht mehr und Dr. Schwand wurde hier und auf Grund § 49a Str. G.-V. angeklagt. Aber gerade dieser Brief war Dr. Schwands Verderben. Die Staatsanwaltschaft in Berlin veranlaßte die Untersuchung der Breslauer Wohnung Dr. Schwands und hierbei wurden Geschäftsbücher und Korrespondenzen beschlagnahmt, aus denen die Namen der Angeklagten hervorgingen. In einem Brief des Lieutenant Tieze hieß es: „Ich muß Sie bitten, abermals die Behandlung meiner Braut zu übernehmen, da unsere Hochzeit wieder in unbekannter Ferne gerückt ist.“ T. war nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft 10 Jahre mit einer biefigen Dame verlobt, die denn auch angeklagt wurde. Indes nahm Tieze alle Schulden auf sich und erklärte, es hätte sich um eine andere Dame, die jetzt Gattin eines hohen Beamten gehandelt, die er fälschlich für seine Braut ausgegeben habe. Die wirkliche Braut wurde auf Grund dieses Geständnisses freigesprochen, für Tieze selbst aber legten die Geschworenen ein Gnadenurteil ein.

† Die Geschichte eines Brautschmucks. Folgende witzige Geschichte eines Brautschmucks erzählt das „Berl. Tgl.“: Gespendet wurde unser Brautschmuck, wie üblich, am Verlobungstage; die Braut schenkte dem Bräutigam die oblige Busennadel, er verehrte ihr den Brautschmuck, bestehend aus Halsfette, Ring und Medaillon. Die Hochzeit kam aber nicht zu Stande, die Brautleute gingen am Hochzeitstage auseinander und zwar unter Umständen gar nicht übler Art. Nämlich der Schwiegervater öffnete zwei Stunden vor der Trauung, daß er nicht im Stande sei, die ganze versprochene Mitgift zu leisten. Der Bräutigam entfernte sich mit der Erklärung, daß er nur dann geholt zu werden wünsche, wenn sich die ganze Mitgift gefunden; die Braut, ein resolute Fräulein, ließ ihm nicht nach, sondern setzte sich mit den Gästen zu der Feittafel (kaltes Buffet, ohne Bräutigam) und bat um die eine Gratulation, daß sie solch einem scharfen Rechner noch rechtzeitig entgangen sei. Am folgenden Tage aber gingen die letzten Lösungen in ebenso anmutiger wie überraschender Weise vor sich. Nämlich der Bräutigam schrieb, er bitte unter den geänderten Verhältnissen um Retourierung des Brautschmucks; der Schwiegervater retournierte einen Verzichtschein über den Brautschmuck mit der Erklärung, der Herr werde doch wissen, welche Kosten es einem Hause mache, wenn es einen Bräutigam empfängt; der Bräutigam setzte sich an den Tisch hin und schrieb einen Schreibbrief, woriin das Wort „Schmuck“ mehrmals unterstrichen vorkam; und als er eben den Brief beendigt hatte, erschien der Juwelier, bei dem er den Schmuck auf Pump entlehnt hatte, und dem er für den brillanten Brautschmuck noch das ganze Geld schuldig war . . .

Telegraphische Nachrichten.

Halle a. S. 7. Febr. In der Irrenanstalt zu Nietleben sind 2 choleraverdächtige Erkrankungen und 1 Todesfall vorgekommen. Unter den am Sonntag erkrankten Personen hat die Untersuchung in einem Falle asiatische Cholera ergeben; eine Person befindet sich noch in Untersuchung. Bei den gestern Erkrankten wurde ebenfalls in einem Falle asiatische Cholera festgestellt.

Hamburg. 7. Febr. Aus Altona wird amtlich mitgetheilt, daß bei drei am 5. und 6. d. M. erkrankten Personen die bacteriologische Untersuchung Cholera ergab. In Hamburg ist auch heute wieder kein Cholerafall vorgekommen.

Wien. 7. Febr. Der Kaiser empfing den Erbprinzen Danilo von Montenegro in Privataudienz.

Wien. 7. Febr. Der Kaiser besichtigte heute das neue Gebäude der Poliklinik, sprach sich außerordentlich befriedigt über das dort gesehene aus und versicherte die Anstalt seines Schutzes. Der Kaiser wurde bei der Ankunft mit enthusiastischen Hochrufen begrüßt.

Wien. 7. Febr. Die „Polit.corr.“ erfährt von einem angesichtigen Gegenbesuch des italienischen Geschwaders in Pola set in Maxinekreisen nichts bekannt.

Bern. 7. Febr. Der Bundesrat hat die Bundesversammlung auf den 13. März einberufen.

Die Beurtheilung des von Deutschland gestellten Verlangens auf Auslieferung des in Zürich verhafteten Sozialisten Köster hat der Bundesrat dem Bundesgericht überwiesen. Köster, der vorschütt, daß sein Vergehen einen politischen Charakter habe, bleibt vorläufig in Haft.

Rom. 6. Febr. Heute Abend fand auf der deutschen Botschaft, welche prachtvoll erleuchtet war, eine große Ballfestlichkeit statt. Der König und die Königin trafen mit dem Grafen von Turin, begleitet von den hohen Würdenträgern des Hofes, um 11 Uhr auf der Botschaft ein, wo sie von dem Botschafter Grafen Solms und dem gesamten Botschaftspersonal am Fuße der großen Treppe empfangen wurden. Der Botschafter reichte der Königin den Arm und geleitete sie in den Festsaal. Beim Eintritt der Majestäten in letzteren intonirte die Musik die italienische Königshymne. Der Ball wurde mit einer Quadrille eröffnet, welche die Königin mit dem Botschafter tanzte.

Rom. 7. Febr. Heute am Jahrestage des Ablebens des Papstes Pius IX. fand in der Sixtinischen Kapelle ein Trauergottesdienst statt, welchem der Papst, die Kardinäle und das diplomatische Corps beiwohnten.

Rom. 7. Febr. [Deputirtenkammer.] Auf eine Anfrage des Deputirten Cirmen, welcher zu wissen wünschte, ob die Regierung in der Lage sei, der Kammer Mittheilungen von den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers Grafen Caprivi im Schoße der Militärkommission des Reichstags über Italien zu machen, antwortete der Minister des Außenw. Brin, die Sitzungen der Militärkommission seien geheim, es existiere deshalb kein offizielles Sitzungsprotokoll darüber und er könne daher die Beantwortung ablehnen, wenn Graf Caprivi nicht dem Botschafter

Grafen Lanza die genaue Version dieser Erklärungen mitgetheilt hätte. Graf Caprivi habe erklärt, Niemand habe mehr als er jederzeit die Wichtigkeit des Dreibundes anerkannt; er habe sich stets bemüht, eine Politik zu beforschen, welche geeignet sei, denselben zu erhalten und zu verstärken. Die Militärvorlage sei keineswegs durch ein geringeres Vertrauen in den Dreibund und seinen militärischen Werth eingegeben, sie könne auch keinerlei Zweifel im Betreff der Dauer derselben erwecken, ebenso wenig aber auch im Betreff seiner Überzeugung, daß selbst mit dem Dreibunde Deutschland in der Lage sein müsse, über Streitkräfte zu verfügen, welche über die gegenwärtig ihm zur Verfügung stehenden hinausreichen. Die Thatlichkeit, daß die volle Entwicklung der deutschen Wehrkraft in Gemäßheit des neuen Gesetzes erst in 20 Jahren erreicht werden würde, sei der deutlichste Beweis, daß der Entwurf nicht der Ausfluß von Befürchtungen und politischen Erwägungen des Ausgenbundes sei. Minister Brin fügte hinzu, dies seien die Worte des Reichskanzlers, dies sein Gedanke, es liege weder in jenen noch in diesem etwas, daß der Wirklichkeit der Lage nicht entspräche. Andere Erklärungen vermöge er dem Deputirten Cirmen nicht zu geben.

Paris. 7. Febr. Wie die „Liberté“ aus Marseille meldet, herrscht daselbst seit 4 Tagen eine choleraähnliche Epidemie. 50 Personen seien derselben bereits zum Opfer gefallen. Doktor Thoinot traf aus Paris dort ein, um mit den Behörden die nothwendigen Maßnahmen zu berathen. Die Bevölkerung verhält sich ruhig.

Paris. 7. Febr. Auf eine Anregung des Finanzministers Tirard beschloß der Liquidator der Panama-Gesellschaft, Monchicourt, im Einvernehmen mit dem Vertreter der Obligations-Inhaber, daß die Arbeiten zum Bau des Panamakanals sofort wieder aufgenommen werden sollen, ohne daß die Republik Columbia um die Verlängerung der Bau-Konzession ersucht wird.

Der Redakteur der „Libre Parole“, Demachy, welcher sich durch die Rede des Ministerpräsidenten Ribot über die Angriffe gegen die Sparkassen in der Sitzung der Deputirtenkammer am 31. Januar beleidigt fühlt, hat Ribot zum Duell fordern lassen. Der Kabinettsdirektor Ribots erklärte jedoch den Sekundanten, der Ministerpräsident gedenke nicht, sich mit der Angelegenheit weiter zu befassen.

Der „Figaro“ verzeichnet das Gerücht, der Senatspräsident des Kassationshofes, Quesnay de Beaurepaire, beabsichtige seinen Posten aufzugeben, um sich der Politik zu widmen und die Linke und das rechte Zentrum der Deputirten-Kammer zu unterstützen.

Paris. 7. Febr. Die Anklagekammer hat heute Nachmittag 1 $\frac{3}{4}$ Uhr in dem Panama-Prozesse die Einstellung des Verfahrens gegen Rouvier, Devès, Grévy, Renault und Cottu beschlossen; Broust, Béral, Dugus de la Fauconnerie, Barhaut, Sansleroy, Gobron, Blondin, Arton, Charles de Lessps und Fontane wurden vor die Assisen verwiesen.

Paris. 7. Febr. Der Ministerrath beschäftigte sich heute Vormittag mit der Vorbereitung des Budgets für 1894. Daselbe wird alle finanziellen Probleme vertagen und in fast allen Punkten dem Budget von 1893 gleichen.

Das Erträgnis der indirekten Steuern im Januar weist eine Mindereinnahme von 2 312 900 Francs gegenüber dem Voranschlag auf und eine Mindereinnahme von 681 200 Francs im Vergleich mit dem Erträgnis im Januar 1892. Die Zolleinnahmen betrugen 4 026 000 Francs weniger als der Voranschlag und 4 504 000 Francs weniger als im Januar 1892.

Paris. 7. Febr. [Deputirtenkammer.] Der Deputirte Argelès interpellirte heute die Regierung über den Ablauf des Vertrages zwischen der Panama-Gesellschaft und der Republik Colombia und forderte die Regierung auf, mit Columbien wegen Verlängerung des Vertrages in Unterhandlungen zu treten. Der Ministerpräsident Ribot erwiederte, er könne nicht an die Stelle des Liquidators der Panama-Gesellschaft treten, er werde aber den Liquidator bei seinen Bemühungen um die Verlängerung der Bau-Konzession nach Möglichkeit unterstützen. Gauthier de Clagny erklärte, die Regierung habe in der Angelegenheit eine gewisse Verantwortlichkeit und dürfe das Werk des Panama-Kanals nicht untergehen lassen. (Beibote Zwischenrufe.) Ribot protestierte dagegen, daß die Regierung hierbei eine Verantwortlichkeit habe; man wolle, daß die Regierung sich dieselbe aufburde, damit man, falls die Panama-Angelegenheit nicht wieder geordnet werde, sagen könne, die Schuld liege an der Regierung. Er erfuhr darum, daß die Kammer gegenüber der Interpellation die einfache Tagesordnung votte. (Beifall.) Der Finanzminister Tirard erwiederte auf eine Frage des Deputirten Argelès, er werde niemals gestatten, daß ein von dem Staate abhängiges Finanz-Institut sich mit der Panama-Angelegenheit befasse. (Beifall.) Die einfache Tagesordnung wurde darauf mit 374 gegen 34 Stimmen angenommen und die Verathung des Budgets fortgesetzt.

Der Boulangist Gouffot theilte in den Wandergängen der Kammer mit, er werde die Regierung morgen wegen der Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen Rouvier interpelliren.

Paris. 7. Febr. Der Senator Grévy überlandete dem Liquidator der Panamageellschaft, Monchicourt 20 000 Frs., welche den ihm im Jahre 1888 bei der Emission der Panama-Loose zugesetzten Syndikats-Gewinn ausmachten.

Cottu ist unverzüglich in Freiheit gesetzt worden.

Lissabon. 6. Febr. [Deputirtenkammer.] Im Laufe der Verathung der Vorlage betreffend die Herabsetzung der Zinsen für die auswärtige Schuld wies der ehemalige Finanzminister Oliveira Martins darauf hin, daß es nothwendig sei, in dieser Hinsicht ein Abkommen mit den Inhabern der Titels der auswärtigen Schuld zu treffen.

Brüssel. 6. Febr. Heute wurden aus der Schelde bei Audenarde die Leichen von 3 Milizsoldaten gezogen. Es steht noch nicht fest, ob diese Soldaten infolge eines Streites miteinander oder durch einen Unglücksfall den Tod in dem Flusse gefunden haben.

London. 6. Febr. [Unterhaus.] Im Fortgange der Sitzung befämpfte Gardner das von Wharton eingebrachte Amending und hob hervor, die Landwirtschaft verdiente Sympathie, aber während der Debatte habe Niemand Abhilfsmittel vorgeschlagen. Die landwirtschaftliche Konferenz habe einen Schutzpol empfohlen, aber die Führer der Opposition schienen diese Ansicht nicht zutheilen; sie schienen auch die Erleichterung der Steuerlasten nicht zu unterstützen; die Vertreter der Landwirtschaft seien über die Mittel zur Abhilfe des Nothstandes nicht einig, deshalb sei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses der beste Ausweg, um eine Grundlage für die Gesetzgebung zu finden.

London. 7. Febr. [Unterhaus.] Der Parlamentssekretär des Auswärtigen Grey hob hervor, das Abkommen Englands von 1872/73, betreffend das Baumgebiet enthalte keine genauere Bestimmung des russischen Gebietes. Bis zum Abschluß der jetzigen Unterhandlungen sei es nicht ratsam, Mittheilungen über die Ansichten Chinas, Afghanistan und Russlands oder über die Vorschläge der betreffenden Regierungen zu machen; die englische Regierung werde nicht ohne sorgfältige Berücksichtigung der Ansprüche Afghanistans und Chinas handeln. Betreffs Armeniens sei es die Absicht des Sultans, im Frühjahr eine Kommission nach den asiatischen Provinzen zu entsenden, um eine Besserung der dortigen Zustände herbeizuführen.

London. 7. Febr. [Oberhaus.] Der Lord-Großkanzler Herschell erklärte, das Schakant sei vielleicht berechtigt, die Beweise der durch die Post in offenen Kourverts nach England kommenden Aufforderungen zum Spiel in ausländischen Lotterien anzuhören; aber wenn nichts auf den Kourverts andeutet, das eine solche Aufforderung in den Briefen enthalten sei, so sei eine mühevolle Durchsuchung der Briefe erforderlich, und die Abänder würden bold die Vorsicht gebrauchen, auf den Briefumschlägen über den Inhalt der Briefe keine Andeutung zu machen. Die Durchsuchung geschlossener Briefe sei unstatthaft; es sei daher sehr zweifelhaft, ob das Anhalten derartiger offener Lotteriekündigungen vortheilhaft sei. Er werde jedoch die Angelegenheit weiter erwägen.

London. 7. Febr. Nach einer dem „Reuterschen Bureau“ aus Buenos-Aires zugegangenen Drahtmeldung scheint die aufständische Bewegung unter den Ansiedlern der Provinz Santa Fé sich weiter auszubreiten. Ein Mitglied des Ministeriums der Provinz befindet sich an der Spitze der Regierungstruppen. Letztere sind zwar im Besitz der Humboldt-Kolonie, jedoch von den Auffständischen umgeben. Der Gouverneur läßt die Nationalgarde in Santa Fé mobil machen.

London. 7. Febr. Wie dem „Reuterschen Bureau“ aus Pretoia von gestern gemeldet wird, hat General Joubert am 5. d. M. in Witwatersrand unter großer Begleitung der Bevölkerung die Statue des deutschen Kaisers enthüllt.

Athen. 7. Febr. Der König und die königliche Familie werden morgen Binte verlassen; die Reise derselben hat einen tiefen Eindruck gemacht. Die Sammlungen für die durch das Erdbeben auf Zante Heimgesuchten hat ein gutes Resultat ergeben, wenngleich dasselbe zur Linderung der Noth unzureichend ist; es soll an den Wohlthätigkeitsfond des Auslandes appellirt werden.

Die außergewöhnliche Kälte dauert in ganz Griechenland fort; von allen Seiten werden Schneefälle und Stürme gemeldet.

Washington. 6. Febr. Der oberste Gerichtshof hat entschieden, daß Strumpfwirkerwaren einem Zolle von 60 Prozent unterliegen sollen.

Athen. 8. Febr. Ein neuerdings aufgetretendes heftiges Erdbeben in Zante wurde auch auf Patras und Cephalonia verspürt.

Handel und Verkehr.

Hamburg. 7. Febr. Auf die gestern zur Subskription aufgelegte Hamburgische Staatsanleihe im Betrage von 25 Mill. Mark sind, wie die „Hamb. Börsenalle“ mitteilt, im Ganzen 225 Millionen gezeichnet worden, davon 100 Millionen in Berlin und 84 Mill. in Hamburg.

London. 6. Febr. [Wollauktion.] Presse unverändert. Großbreeds stark begehr, Kapwolle eher fester.

Marktberichte.

Bromberg. 7. Febr. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 142—152 M., feinstes über Rott. — Roggen 114—124 M. feinstes über Rott. — Gerste nach Qualität 122—130 M. — Brau- 131—135 M. — Erbsen, Futter- 122—135 M. — Koch- 150—160 M. — Hafer 135—140 M. — Spiritus 70er 32,00 Mark.

Marktpresse zu Breslau am 7. Februar

Feststellungen der städtischen Markt- Notirungs-Kommission.	gute		mittlere		gering. Ware	
	Höch- ster Preis	Nie- der- drigst	Höch- ster Preis	Nie- der- drigst	Höch- ster Preis	Nie- der- drigst
Weizen, weißer	15 20	15 —	14 70	14 20	13 20	12 70
Weizen, gelber	pro	15 10	14 9	14 60	14 10	13 10
Roggen	100	13 30	13 —	12 80	12 50	12 30
Gerste		14 9	14 20	13 20	12 90	11 40
Hafer	Kilo	13 40	13 20	12 80	12 60	12 10
Erbsen		16 —	15 —	14 10	14 —	13 —

Feststellungen der Handelskammer-Kommission.
seine mittlere ord. Ware.

Kaps per 100 Kilogr. 22,60 21,60 19,80 Mark.

Winterrüben . . . 21,80 20,80 19,80

Breslau. 8. Febr. (Amtlicher Produktionsbörsen-Bericht.)

Roggeng. p. 1000 Kilo —. Gefündigt —. Br. abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Febr. 134,00 Br., April-Mai 137,00 Br. Mai-Juni 139,00 Br. Juni-Juli 140,00 Br. Hafer (p. 100 Kilo) p. Febr. 133,00 Br. Rübbel (p. 100 Kilo) p. Febr. 83,00 Br. April-Mai 85,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Prozent) ohne Faz: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gefündigt — Liter, abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Febr. 50er 50,40 Br. Febr. 70er 31,00 Br. April-Mai 32,50 Br. Zint. Ohne Umsatz

die Börsenkommision.

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Ware.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	6. Febr.	7. Febr.
fein Brodräfinade	27,75 M.	27,75 M.
lein Brodräfinade	27,50 M.	27,50 M.
Gem. Raffinade	27,25—28,00 M.	27,25—28,00 M.
Gem. Mehl I.	26,25 M.	26,25 M.
Kristallzucker I.	29,00 M.	28,75 M.
Tendenz am 7. Februar, Vormittags 11 Uhr: Stettig.		
B. Ohne Verbrauchssteuer.	6. Febr.	7. Febr.
Granulirter Zucker		
Kornzucker Nend. 92 Proz.	14,85—15,05 M.	14,90—15,10 M.
dto. Nend. 88 Proz.	14,25—14,50 M.	14,25—14,50 M.
Nachpr. Nend. 75 Proz.	11,00—12,10 M.	11,00—12,10 M.
Tendenz am 7. Februar, Vormittags 11 Uhr: Fest.		

** Leipzig. 7. Febr. [Wolbericht.] Kammerzug-Terminal-Handel. La Plata. Grundmuster B. p. Febr. 8,62 $\frac{1}{2}$ M. per März 8,65 M., p. April 8,65 M., p. Mai 8,70 M., p. Juni 8,70 M., p. Juli 8,72 $\frac{1}{2}$ M., p. August 8,75 M. per September

3,75 M., per Oktober 3,75 M., per November 3,77 $\frac{1}{2}$ M., per Dezember 3,77 $\frac{1}{2}$ M., p. Jan. — Mark. Umsatz 20 000 Kilo gr.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind W. frisch SW frisch SW stark	Wetter. bedeckt bedeckt bedeckt	Temp in Grad + 1,1 + 0,3 + 2,3
7. Nachm. 2	757,2	W. frisch	bedeckt	+ 1,1
7. Abends 9	753,1	SW frisch	bedeckt	+ 0,3
8. Morgs. 7	751,4	SW stark	bedeckt	+ 2,3

¹⁾ Vormittags Schnee. ²⁾ Abends Schnee.

Am 7. Febr. Wärme-Maximum + 1,2° Grad.

Am 7. Febr. Wärme-Minimum — 2,5°.

Produkten- und Börsenberichte.

Konds-Kurse.

Hamburg, 7. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko fest, holsteinscher loko neuer 156–160. — Roggen loko fest, mecklenb. loko neuer 138–140, russischer loko fest, transito 110. — Hafer ruhig — Gerste ruhig Rüböl unverz. fest, loko 53. — Spiritus loco matt, per Februar 22½ Br., per Febr.-März 22½ Br., per April 22½ Br., per Mai-Juni 22½ Br. — Kaffee fest, Umsatz 2000 Sac. — Petroleum loco ruhig. Standard white loko 5,20 Br., per März 5,05 Br. — Wetter: Nassfall.

Hamburg, 7. Febr. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per März 84, per Mai 81½, per Sept. 81½, per Dez. 81. Behauptet.

Hamburg, 7. Febr. Budermarkt. Schlußbericht. Rüben-Rohzucker I. Produkt Bafis 88 p.Ct. Rendement neue Ukraine, frei an Bord Hamburg per Febr. 14,45, per März 14,45, per Mai 14,55, per Sept. 14,37½. Ruhig.

Berl. 7. Febr. Produktenmarkt. Weizen ruhiger, per Frühjahr 7,50 Gd., 7,55 Br., per Herbst 7,64 Gd., 7,66 Br. Hafer per Frühjahr 5,51 Gd., 5,53 Br. Mais per Mai-Juni 4,76 Gd. 4,78 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,50 Gd., 11,60 Br. — Rast.

Paris, 7. Februar. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen matt, p. Febr. 21,60, p. März 21,80, p. März-Juni 22,10, p. Mai-August 22,40. — Roggen ruhig, per Febr. 13,70, per Mai-August 14,50. — Mehl matt, per Febr. 48,50, per März 48,50, p. März-Juni 48,60, per Mai-August 49,10. — Rüböl fest, per Februar 57,75, per März 58,25, p. März-Juni 59,00, per Mai-August 59,25. — Spiritus beh., per Febr. 47,25, per März 47,25, per März-April 47,25, p. Mai-August 47,50. — Wetter: Milde.

Paris, 7. Febr. (Schluß.) Rohzucker beh., 88 Proz. loko 38,50 à 38,75. Weizener Buder ruhig, Nr. 3, per 100 Kilogr. per Febr. 41,00 p. März 41,12½, per März-Juni 41,50, p. Mai-August 42,00.

Havre, 7. Febr. Telegr. der Hamb. Firma Beimann Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 20 Points Haiffe. Rio 27 000 Sac, Santos 7 000 Sac Rezettes für vorgestern und gestern.

Havre, 7. Febr. Telegr. der Hamb. Firma Beimann Siegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Febr. 104,75, p. März 104,75, per Mai 103,25. Ruhig.

Amsterdam, 7. Febr. Java-Kaffee good ordinary 56½.

Amsterdam, 7. Febr. Banzettin 55½.

Amsterdam, 7. Febr. Getreidemarkt. Weizen per März 176, per Mai 177. — Roggen p. März 131, per Mai 129.

Antwerpen, 7. Febr. Getreidemarkt. Weizen unverändert. Roggen behauptet. Haferfest. Gerste fest.

Antwerpen, 7. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raf-finerie Type weiz. loko 12½ bez. und Br. per Febr. 12½ Br., p. März-April 12½ Br., per Sept.-Okt. 12½ Br. Ruhig.

Antwerpen, 7. Febr. (Telegr. der Herren Wilkens und Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., Februar —, März 4,22½, Junt — Käufer, August —.

Petersburg, 7. Febr. Produktenmarkt. Talg loko 57,00, per August —. Weizen loko 11,25, Roggen loko 8,50, Hafer loko 4,90, Hanf loko 43,00, Leinwand loko 15,25. — Wetter: Frost.

London, 7. Febr. 96 p.Ct. Zobazucker loko 16½, ruhig, Rüben-Rohzucker loko 14½, ruhig.

London, 7. Febr. Chilli-Kupfer 45%, per 3 Monat 56½.

London, 7. Febr. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Frost.

Glasgow, 7. Febr. Rohzucker. (Schluß.) Mixed numbers variants 46 lb. Käufer, 46 3 d. lb. Verkäufer.

Hull, 7. Febr. Getreidemarkt. Englischer Weizen fester. fremder ruhig. — Milder.

Liverpool, 7. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 5 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 B.

Träger. Amerikaner 1½ niedriger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar-März 4½, März-April —, April-Mai 5½, Mai-Juni —, Juni-Juli 5½, Juli-August —, August-Sept. 5½, Sept.-Okt. — d. Alles Käuferpreis.

Liverpool, 7. Febr., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 5 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Febr.-März 4½, Werth, März-April 4½, Käuferpreis, April-Mai 4½, do., Mai-Juni 5½, Käuferpreis, Juni-Juli 5½, Käuferpreis, Juli-Aug. 5½, Werth, August-September 5½, Käuferpreis, Sep. Oct. 5½, d. Käuferpreis.

Liverpool, 7. Febr. Getreidemarkt. Weizen 1½ bis 1 d. höher, Weiz. stetig, Mais ½, bis 1 d. niedriger. — Wetter: Schön.

Newyork, 6. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 9½, do. in New-Orleans 9½. Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,35, do. Pipeline Certificates, pr. März 54½. Stett. Schmalz loko 12,10 do. Robs. Brothers 12,45 Buder (Fair refining Muscovad.) 3½. Mais (New) p. Febr. 54½, p. März 53½, p. Mai 53½. Rother Winterweizen iwo 81½. Kaffee Rio Nr. 7, 18%. Mehl (Spring eärs) 2,90. Getreidebrach 1½. — Kupfer 12,00–12,25. Rother Weizen tr. Febr. 79½, per März 80½, per Mai 82½, per Juli 83½. Kaffee Nr. 7 low ord. p. März 17,55, p. Mai 17,00.

Newyork, 6. Febr. Visible Supply an Weizen 81 389 000 Bushels, do. an Mais 13 462 000 Bushels.

Newyork, 7. Febr. Weizen-Berichtigungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 126 000, do. nach Frankreich 2 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 57 000, do. von Kalifornien u. Oregon nach Großbritannien 105 000 do., nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Chicago, 6. Febr. Weizen per Februar 74½, per Mai 78½, Mais per Februar 43½. Spec short clear —. Pork per Februar 19,05.

Newyork, 7. Febr. Weizen tr. Februar 79, tr. März 80 C.

Berlin, 8. Febr. Wetter: Regnerisch.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 7. Febr. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit zumelst wenig veränderten, zum Theil etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls günstiger, boten aber geschäftliche Anregung nicht dar. Hier entwickelte sich das Geschäft anfangs ruhig, gewann aber weiterhin bei fortdauernder Festigkeit und zum Theil anziehenden Kursen an Regsamkeit, nur vorübergehend trat auf einzelnen Gebieten eine kleine Abschwächung ein, aber der Börsenschluß erschien allgemein infolge von Realströmungen abgeschwächt. — Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen bei normalen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preußische konjuktürliche Anteile etwas besser, nur 4proz. Konsois unwesentlich abgeschwächt. — Fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Wertstand zumeist bei mäßigen Umläufen behaupten; Russische Anteile und Noten fester, Ungarische 4proz. Kronen-Rente 93,30. — Der Privatdiskont wurde mit 1½ Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien zu wenig veränderter Notiz ruhig um; Bombarden und andere österreichische Bahnen wenig verändert und ruhig.

Produkten-Börse.

Berlin, 7. Febr. Für die heutige Getreide-Börse fehlte es an jeder Anregung von außerhalb; das Angebot von effektiver Ware war etwas reichlicher, da aber Käufer große Zurückhaltung zeigten, hielt sich der Verkehr in engsten Grenzen. Weizen bügte circa eine halbe Mark ein, Roggen war in schwacher Haltung, aber nahezu behauptet, Hafer sehr fest bei geringen Umsätzen, Roggenmehl konnte sich bei stillem Geschäft ziemlich behaupten. Rüböl i. f. fielte sich unter Schwankungen etwas billiger, schließt aber erholt. Spiritus blieb loko unverändert und auch Termine konnten sich behaupten.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr. — 62,50 G. Alteng.-Zeitz. — 203,25 bz. Crefelder. — 86,90 bz. Crefeld-Uerding. — 66,00 bz. Dortmund-Emsch. — 105,75 bz. Eutin-Lübeck. — 44,70 bz. Frankf.-Güterb. — 69,20 bz. Lübeck-Bexb. — 22,40 bz. Mainz-Ludw. — 145,30 bz. Marnb.-Mlawk. — 64,00 bz. Meckl.-Südb. — 22,90 bz. Prignitz. — 94,00 G. Sazmatr.-Nag. — 94,00 G. Schatzm.-Ter. — 114,00 bz. Marienb.-Mlawk. — 108,00 bz. Meckl.-Südb. — 22,90 bz. Paul.-Neu-Rup. — 55,00 G. Pötzl.-F. — 102,40 G. Prinz-Wilh.-L. — 101,60 bz. Rostock. — 86,10 bz. Röhr.-Loose. — 269,40 B. Wiener C.-Anl. — 106,50 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr. — 62,50 G. Alteng.-Zeitz. — 203,25 bz. Crefelder. — 86,90 bz. Crefeld-Uerding. — 66,00 bz. Dortmund-Emsch. — 105,75 bz. Eutin-Lübeck. — 44,70 bz. Frankf.-Güterb. — 69,20 bz. Lübeck-Bexb. — 22,40 bz. Mainz-Ludw. — 145,30 bz. Marnb.-Mlawk. — 64,00 bz. Meckl.-Südb. — 22,90 bz. Paul.-Neu-Rup. — 55,00 G. Pötzl.-F. — 102,40 G. Prinz-Wilh.-L. — 101,60 bz. Rostock. — 86,10 bz. Röhr.-Loose. — 269,40 B. Wiener C.-Anl. — 106,50 G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Breslau-Warschauer Bahn. — 104,40 B. Gr.Berl.-Pferde. — 104,40 B. Eisenbahn. — 102,40 bz. Oberschl. — 74,20 bz. Saalbahn. — 24,75 bz. Stargard-Posen. — 102,30 bz. Weimar-Gera. — 16,60 bz. Werrabahn. — 69,00 G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Albrechtsbahn. — 40,10 bz. Busch Gold-gar. — 103,25 bz. Dux-Bodenb. — 91,50 bz. Dux-Prag-G.-Pr. — 90,10 bz. Franz.-Josefs. — 100,40 bz. GalikLudw. — 82,60 G. Lmb.Czernystr. — 81,50 G. Lemberg-Cz. — 88,40 bz. Lokalb. — 90,30 bz. Lom. — 109,30 bz. Oesterl.-Staatsb. — 82,50 G. Pötzl.-E. — 102,40 bz. Rostock. — 86,10 bz. Siles. — 102,40 bz. Warschaw. — 102,40 bz. Werrab. — 89,00 G.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank. — 93,10 G. Danz. Hypoth.-Bank. — 113,25 bz. do. do. III. — 108,00 G. do. do. III. — 99,70 bz. do. do. IV. — 99,70 bz. do. do. V. — 94,00 G. do. do. VI. — 101,40 G. do. do. VII. — 97,50 bz. do. do. VIII. — 102,75 bz. do. do. IX. — 96,60 G. do. do. X. — 93,10 G. do. do. XI. — 118,40 G. do. do. XII. — 127,10 G. do. do. XIII. — 102,75 bz. do. do. XIV. — 118,40 G. do. do. XV. — 118,40 G. do. do. XVI. — 127,10 G. do. do. XVII. — 102,75 bz. do. do. XVIII. — 118,40 G. do. do. XVIX. — 127,10 G. do. do. XX. — 102,75 bz. do. do. XXI. — 118,40 G. do. do. XXII. — 127,10 G. do. do. XXIII. — 102,75 bz. do. do. XXIV. — 118,40 G. do. do. XXV. — 127,10 G. do. do. XXVI. — 102,75 bz. do. do. XXVII. — 118,40 G. do. do. XXVIII. — 127,10 G. do. do. XXIX. — 102,75 bz. do. do. XXX. — 118,40 G. do. do. XXXI. — 127,10 G. do. do. XXXII. — 102,75 bz. do. do. XXXIII. — 118,40 G. do. do. XXXIV. — 127,10 G. do. do. XXXV. — 102,75 bz. do. do. XXXVI. — 118,40 G. do. do. XXXVII. — 127,10 G. do. do. XXXVIII. — 102,75 bz. do. do. XXXIX. — 118,40 G. do. do. XXXX. — 127,10 G. do. do. XXXXI. — 102,75 bz. do. do. XXXII. — 118,40 G. do. do. XXXIII. — 127,10 G. do. do. XXXIV. — 102,75 bz. do. do. XXXV. — 118,40 G. do. do. XXXVI. — 127,10 G. do. do. XXXVII. — 102,75 bz. do. do. XXXVIII. — 118,40 G. do. do. XXXIX. — 127,10 G. do. do. XXXX. — 102,75 bz. do. do. XXXI. — 118,40 G. do. do. XXXII. — 127,10 G. do. do. XXXIII. — 102,75 bz. do. do. XXXIV. — 118,40 G. do. do. XXXV. — 127,10 G. do. do. XXXVI. — 102,75 bz. do. do. XXXVII. — 118,40 G. do. do. XXXVIII. — 127,10 G. do. do. XXXIX. — 102,75 bz. do. do. XXXX. — 118,40 G. do. do. XXXI. — 127,10 G. do. do. XXXII. — 102,75 bz. do. do. XXXIII. — 118,40 G. do. do. XXXIV. — 127,10 G. do. do. XXXV. — 102,75 bz. do. do. XXXVI. — 118,40 G. do. do. XXXVII. — 127,10 G. do. do. XXXVIII. — 102,75 bz. do. do. XXXIX. — 118,40 G. do. do. XXXX. — 127,10 G. do. do. XXXI. — 102,75 bz. do. do. XXXII. — 118,40 G. do. do. XXXIII. — 127,10 G. do. do. XXXIV. — 102,75 bz. do. do. XXXV. — 118,40 G. do. do. XXXVI. — 127,10 G. do. do. XXXVII. — 102,75 bz. do. do. XXXVIII. — 118,40 G. do. do. XXXIX. — 127,10 G. do. do. XXXX. — 102,75 bz. do. do. XXXI. — 118,40 G. do. do. XXXII. — 127,10 G. do. do. XXXIII. — 102,75 bz. do. do. XXXIV. — 118,40 G. do. do. XXXV. — 127,10 G. do. do. XXXVI. — 102,75 bz. do. do. XXXVII. — 118,40 G. do. do. XXXVIII. — 127,10 G. do. do. XXXIX. — 102,75 bz. do. do. XXXX. — 118,40 G. do. do. XXXI. — 127,10 G. do. do. XXXII. — 102,75 bz. do. do. XXXIII. — 118,40 G. do. do. XXXIV. — 127,10 G. do. do. XXXV. — 102,75 bz. do. do. XXXVI. — 118,40 G. do. do. XXXVII. — 127,10 G. do. do. XXXVIII. — 102,75 bz. do. do. XXXIX. — 118,40 G. do. do. XXXX. — 127,10 G. do. do. XXXI. — 102,75 bz. do. do. XXXII. — 118,40 G. do. do. XXXIII. — 127,10 G. do. do. XXXIV. — 102,75 bz. do. do. XXXV. — 118,40 G. do. do. XXXVI. — 127,10 G. do. do. XXXVII. — 102,75 bz. do. do. XXXVIII. — 118,40 G. do. do. XXXIX. — 127,10 G. do. do. XXXX. — 102,75 bz. do. do. XXXI. — 118,40 G. do. do. XXXII. — 127,10 G. do. do. XXXIII. — 102,75 bz. do. do. XXXIV. — 118,40 G. do. do. XXXV. — 127,10 G. do. do. XXXVI. — 102,75 bz. do. do. XXXVII. — 118,40 G. do. do. XXXVIII. — 127,10 G. do. do. XXXIX. — 102,75 bz. do. do. XXXX. — 118,40 G. do. do. XXXI. — 127,10 G. do. do. XXXII. — 102,75 bz. do. do. XXXIII. — 118,40 G. do. do. XXXIV. — 127,10 G. do. do. XXXV. — 102,75 bz. do. do. XXXVI. — 118,40 G. do. do. XXXVII. — 127,10 G. do. do. XXXVIII. — 102,75 bz. do. do. XXXIX. — 118,40 G. do. do. XXXX. — 127,10 G. do. do. XXXI. — 102,75 bz. do. do. XXXII. — 118,